

Bund, Länder und Gemeinden haben die Reformpartnerschaft vor eineinhalb Jahren feierlich gestartet. Foto: APA/Gindl

Reform im Endspurt: „Nicht mehr als eine 3“

INNSBRUCK Föderalismusexperte Peter Bußjäger anerkennt Ergebnisse der Reformpartnerschaft. Der „ganz große Wurf“ sei es aber nicht.

Von Wolfgang Sablatnig

Der nächste Stichtag ist der 7. Dezember. An diesem Tag trifft sich wieder die Steuerungsgruppe zur „Reformpartnerschaft“, die das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in wichtigen Bereichen auf neue Beine stellen soll. Föderalismusexperte Peter Bußjäger zieht für die *TT* eine Zwischenbilanz. Man sei ambitioniert gestartet, meint er, habe das Tempo aber nicht durchgehalten. Die endgültige Bewertung sei abhängig davon, was noch komme. Klar sei aber schon: „Mehr als eine Drei wird es nicht. Ob Drei oder Vier, das ist noch offen.“

Die „Reformpartnerschaft“ ist ein zentrales Vorhaben der Dreierkoalition. ÖVP, SPÖ und NEOS haben Ergebnisse bis Jahresende versprochen. Die gesetzliche Umsetzung wird sich dann jedenfalls ins kommende Jahr ziehen. Viel diskutiert wurde der Bereich Gesundheit. Ein sichtbares Zeichen soll der Ausbau von Primärversorgungszentren sein. Bußjäger begrüßt diese Ankündigung. Er stellt aber die Frage, ob dies nicht auch mit weniger Begleitmusik erreichbar gewesen wäre.

Bessere Gesundheitsplanung

Offen sei hingegen, wie gut die angekündigte verbesserte Planung im Gesundheitswesen funktionieren kann. „Gemeinsam planen kann man bisher schon“, gibt der Fachmann zu bedenken – dafür wäre die Reformpartnerschaft nicht nötig gewesen. Allfällige Fortschritte in diesem Bereich könne er aber erst beurteilen, wenn konkrete Gesetze vorliegen.

Im Bereich Bildung bedauert Bußjäger, dass die Bildungsdirektionen nicht neu organisiert werden. Aufgrund ihrer Struktur mit Zuständigkeiten von Bund und Ländern seien diese in der Verwaltung ein Fremdkörper.

Kommen sollen dafür bundesweit einheitliche Qualitätsstandards für die Elementarpädagogik, also für die Betreuung der Kinder bis sechs Jahren. Hier fehle allerdings noch die Klärung, wer für Mehrkosten aufkommen muss.

Ein „blaues Auge“ für die Länder

Positiv sieht der Direktor des in Innsbruck angesiedelten Instituts für Föderalismus die geplante Entflechtung in der Energiewirtschaft. Künftig soll für viele Bereiche dann keine Zweidrittelmehrheit im Nationalrat mehr nötig sein, weil nur mehr der Bund zuständig ist. Schließlich der Jugendschutz. Die Reformpartnerschaft soll die seit Langem versprochene Angleichung der Schutzbestimmungen in den Bundesländern bringen.

Bußjäger versteht das Anliegen. Gleichzeitig vermisst er, dass im Gegenzug auch Zuständigkeiten aus der Bundeskompetenz zu den Ländern wandern. Möglichkeiten dazu hätte es etwa im Wohnbereich gegeben.

In Summe seien die Länder aber „mit einem blauen Auge davongekommen“, meint der Verfassungsrechtler. Und, zusammenfassend: „Es ist ein herzeigbares Ergebnis. Der ganz große Wurf ist es nicht.“